mit vollem Lohnausgleich. Arndt hielt eine wütende Rede gegen den Lohnausgleich. Und dann kam die Abstimmung. „Was tun wir?" stöhnte Arndt, „jetzt, zwei Wochen vor dem Leipziger Parteitag?" „Was tun wir?" jammerte Edel. Und: „Was tun wir?" raufte sich Wöchel die Haare. „Was tun wir? Was tun wir?" wehklagte die ganze SPD-Fraktion.

Zwei Wochen vor dem Leipziger Parteitag — daraufhin und auf die Spekulation hin, daß eine Abstimmung im Landtag noch keine Durchführung ist, entschloß sich die SPD-Fraktion zu einem Manöver und sie und derselbe Arndt, der vor einer halben Stunde gegen den Lohnausgleich gedonnert und gewettert hatte, stimmten, tolle Wut im Leibe, „für" den KPD-Antrag. Da nun, was Demagogie und skrupellosen Betrug betrifft, die Nazis nicht hinter der SPD-Führung zurückstehen, machten Killinger und Studentkowski dasselbe wie Arndt und stimmten ebenfalls „für" den kommunistischen Antrag, der damit mit Mehrheit beschlossen wurde.

Die Tatsache also ist die: Es besteht ein nach den Gesetzen der herrschenden Ausbeuterklasse und ihrer Verfassung völlig gültiger Beschluß des Landtages auf Durchführung der 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich in allen sächsischen staatlichen Betrieben, für die Angestellten und für die Kumpels der Staats-Bergwerke, für die Arbeiter der ASW.

Was nun?

Nun, wer Illusionen über Parlament und Demokratie hatte, oder hat, dem bietet sich jetzt die beste Gelegenheit, den bürgerlich-parlamentarischen Schwindel, diesen demokratischen Betrug, mit dem die SPD Jahr über Jahr die Hirne der Arbeiter zu verkleistern sich bemühte, in vollem Ausmaße zu sehen. Und wer noch nicht wußte oder weiß, daß dieses Schieck-Kabinett ein Diktatur-Regime, eine Filiale Brünings ist, und einen faschistischen Kurs durchführt, der kann es jetzt gleichfalls erkennen.

Kurz: Die Schieck-Diktatur, die in erster Linie von der SPD sowie auch von den Nazis unterstützt wird, denkt nicht im Traume daran, den Beschluß des Landtags durchzuführen. Im Gegenteil, sie will ihn mit allen Mitteln sabotieren, sie wird alles versuchen, um nach wie vor, die kapitalistische Lohnrauboffensive, die direkte und die mittels „Arbeitszeitverkürzung", zu betreiben.

Und helfen wird ihr die „linke SPD- und Verbandsbonzokratie. Helfen wird ihr die Nazi-Partei.

Wird? Sie sind schon eifrig dabei, die Arndt und die Killinger. Es ist kein Zufall, daß neben den offen kapitalistischen Blättern auch z. B. der Vorwärts seinen Lesern überhaupt unterschlug, daß der KPD-Antrag auf 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich angenommen wurde. Es ist auch kein Zufall, daß nach dem Landtagsbericht in der ganzen sächsischen SPD- wie in der Nazipresse der Landtagsbeschluß mit keinem Wort mehr erwähnt wird. Die alte Verschwörung des Schweigens. Man denkt, die Arbeiter würden vergessen. Wittke, Schieck, Arndt, Studentkowski u. Co. sind Todfeinde der Arbeiter, totfeindlich eingestellt gegen die 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich. Lohnraub, Aushungerung der Massen ist ihre Parole.

Nicht nur die Arbeiter in den staatlichen, sächsischen Betrieben sind es, die die Sache angeht. Die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich betrifft alle Arbeiter, alle Betriebe und die Angestellten und die Erwerbslosen, die eingestellt werden können und sie betrifft auch die Mittelständler, denn Arbeiternot ist Mittelstandstod. Somit lautet die Frage so: Wer ist stärker? Schieck, Arndt und Studentkowski oder die hunderttausende sächsischen Arbeiter und Angestellte, die ganze werktätige Bevölkerung?

Entschieden wird die Frage nicht mit Paragraphen und Gesetzesbestimmungen, denn darauf pfeifen Kapital und kapitalistischer Staat, wenn es ihnen so in den Kram paßt. Die Entscheidung fällt nur auf Grund der Kraftentfaltung. Die tausendfach stärkeren sind die Arbeiter und Angestellten und Erwerbslosen. In den Betrieben, auf den Büros und auf den Stempelstellen, hier liegt die Macht der Volksmassen, sie gilt es, jetzt also einzusetzen. Unter Führung der KPD und RGO, die als einzige konsequent die Arbeiterinteressen vertreten und die Gegenoffensive der Massen organisieren.

Nicht gezögert!

Die Situation erfordert sofortiges Handeln und zwar als erstes:

Stellungnahme in jeder Fabrik und Stempelstelle. Beschlüsse im Sinne des angenommenen KPD-Antrages zur 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Beschlüsse gegen die Schieck-Diktatur und Abrechnung mit ihren demagogischen Helfern, der SPD wie auch der Nazipartei.

Die Metallarbeiter wählen Kampfausschüsse zur Streikabwehr eines jeden Lohnraubes.

Alle Arbeiter, insbesondere die Gemeinde- und Staatsarbeiter und die Erwerbslosen wählen Solidaritätsausschüsse und delegieren Vertreter zu der am 13. Juni stattfindenden Einheitskonferenz der RGO Sachsens.

Wer ist stärker? Es bedarf wahrlich nicht der Frage. Es bedarf der Tat!

Warum brach ich mit der SPD?

Der ehemalige Fraktionsführer, der SPD-Stadtverordnete in Leverkusen, Genosse Rahmer, wird am kommenden Sonnabend, dem Tag der Eröffnung des Parteitages, 20 Uhr, im Keglerheim, Dresden, über die Gründe seines Bruches mit der SPD sprechen und als langjähriger SPD-Funktionär die Fragen aufrollen, die euch alle bedrängen und von deren richtiger Beantwortung das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse abhängt! Erscheint dort in Massen! Hört das, was der Parteivorstand und der Parteitag euch verschweigen wollen!

KPD-Blatt beschlagnahmt. Die Ausgabe der Neuen Arbeiter-Zeitung für Kassel wurde auf Anweisung der Oberstaatsanwaltschaft wegen Vergehens gegen Severings Republikschutzgesetz beschlagnahmt.

SPD-Parteitag und Notverordnung. Die SPD-Presse bringt eine Notiz, worin darauf hingewiesen wird, daß Transparente, die zur Demonstration am Parteitag mitgebracht werden, auf Grund der Notverordnung vorher dem Genossen Polizeipräsidenten Fleißner, Leipzig, vorgelegt werden müssen. Sie sporten ihrer selbst . . .

Bischofshetze gegen Marxisten und UdSSR

Wüste Attacken gegen die „gottlosen" Künstler, Schauspieler, Schriftsteller

In der Pfingstnummer der Germania brachte der Berliner Bischof Dr. Schreiber in einem beispiellosen Hetzartikel gegen die Freidenkerbewegung zum Kreuzzug gegen den Marxismus und gegen die Sowjetunion auf. Wörtlich schreibt er:

„Es war unserer Zeit vorbehalten, die Abwendung von Gott, dem Heiligen, in ausgebaute Systeme zu bringen, in die Systeme des Marxismus, des Freidenkertums, des Bolschewismus. So hat sich der Verbindung des Menschen mit Gott, mit Christus, mit der Kirche, worin die grundlegende menschliche Heiligkeit besteht, eine Gemeinschaft bewußter und gewollter Unheiligkeit als System und zugleich als Massenerscheinung gegenübergestellt. Ein beträchtlicher Teil der Erde, ein Land mit 136 Millionen Einwohnern, Rußland, ist amtlich als Reich der Gottlosigkeit ausgerufen worden."

Mit verhüllter, aber dennoch unzweifelhafter Drohung verlangt er Verschärfung der Polizeiaktion gegen die Freidenkerbewegung:

„In Berlin, Leipzig, Dresden und anderen Großstädten Deutschlands wurden Ausstellungen der Gottlosigkeit veranstaltet und massenhaft besucht. In kleinen und großen Versammlungen, in Theatern und Kinos, auf den Arbeitsstätten wird der Gottesglaube, die Jenseitshoffnung, das Christentum in der rohesten Weise verspottet und verhöhnt. Das gräßlichste Tier der Apokalypse (Kap. 13) ist aus dem Meere emporgestiegen, hat vom Drachen (vom Teufel) Macht empfangen und wird mit diesem angebetet."

Dann mobilisiert er gegen die Volksbewegung, die die Schandparagraphen 218 und 219 bekämpft, wobei sich ihm das Geständnis entringt: „Auch Häuser, in denen das Kreuz noch hängt, sind verseucht von dieser Sündenpest." Offen ist seine Drohung gegen die Geistesarbeiter, die sich dem pfäffischen Joch unterwerfen wollen. Er gibt damit den Nazistoßtrupps S. Heiligkeit den Hinweis auf das, was sie noch zu tun haben. In dem Artikel heißt es:

„Wir können bei unserer Umschau nicht vorbeigehen an der großen Zahl der Schriftsteller und Schriftstellerinnen, die ihre Feder in Gottlosigkeit und Unreinheit eintauchen, der Künstler und Künstlerinnen, Zeichner, Maler, Bühnen- und Filmschauspieler, Dichter, die das hohe Geschenk ihrer Kunst mißbrauchen, um die Menschen zur Gottentfremdung und zur Sünde zu verführen . . ."

Der kulturfaschistische Pogrom wird damit ganz unverhüllt propagiert. Eine Phrase über „geistigen Kampf" wird von ihnen durch die pfäffischen Forderungen auf Verstärkung des Justiz- und Polizeischutzes gekennzeichnet, die ja in der Praxis nichts anderes bedeutet als der Ruf nach dem Gummiknüppel der sozialdemokratischen und faschistischen Polizeikommandeure. Daß der Landesvorstand sächsischer Hausfrauenvereine auf seiner Tagung in Zittau sich direkt an Regierungen und Ortspolizeibehörden wendet, um mit deren Hilfe „religiöse Erneuerung" und Erstarkung des Gottesglaubens zu erzeugen, zeigt deutlich, woher der Wind weht. Der sächsische Naziheyer Studentkowski hat in einer klarsichtigen Rede für die „wehrhafte Kirche" bereits gezeigt, auf welche dunklen Mächte die Kirche rechnen kann. Ihr Kampfprogramm gegen den Marxismus und die Sowjetunion ist das Programm aller Kapitalisten und aller Mächte der Reaktion. Ihre Handlanger sind die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten genau so wie die nationalistischen Stoßtrupps der berufsmäßigen Arbeitermörder.

*

Diesem Kampfprogramm des politischen und kulturellen Faschismus setzt die Arbeiterklasse unter Führung der Kommunisten und der revolutionären Freidenkerbewegung den sieghaften, unerschütterlichen Kampfwillen für den Sozialismus, den Marxismus, entgegen, der über Hakenkreuz und Pfaffenkreuz über Arbeitermord und Kapitalsherrschaft triumphieren wird! Trotz alledem!

Naziverluste bei der Wahl in Oldenburg

Antwort auf einem anonymen Brief eines Dresdner Nationalsozialisten

Vor einigen Tagen erhielten wir eine **anonyme Zuschrift**, unterzeichnet „ein Nationalsozialist", in dem der Schreiber sich über unsere Feststellung aufhielt, daß die Oldenburger Wahl in den Städten im wesentlichen eine Stagnation der Nazis gezeigt hat. Sollte die Zuschrift in der Redaktion des „Freiheitskampf" verfertigt worden sein, dann — (Götz von Berlichingen). Sollte aber die Zuschrift von einem bisher von der NSDAP irregeführten Anhänger stammen, wird er an Hand der nachfolgenden Zahlen erkennen, daß die **Nazipartei in Oldenburg vielfach relative und stellenweise auch absolute Verluste** erlitten hat. Demgegenüber hat die **KPD** auch in dem agrarischen Oldenburg sowohl **relativ als auch absolut** die Zahl ihrer Anhänger gesteigert.

Einzelne Teilergebnisse sollen diese Behauptung bekräftigen.

In Oldenburg gewannen die Nazis zwar noch 337 Stimmen (immer im Vergleich mit den Kommunalwahlen am 9. November 1930), ihr prozentualer Anteil an den Gesamtstimmen fiel jedoch von 42,5 auf 35,5 Prozent. Die KPD dagegen gewann 1694 Stimmen und steigerte ihren prozentualen Anteil von 7 auf 11 Prozent. Die am 9. November 1929 eroberte Mehrheit der Nazis und Deutschnationalen wurde wieder zerschlagen.

In Ohmstede gewannen die Nazis 95 Stimmen, ihr prozentualer Anteil fiel jedoch von 50 auf 41 Prozent. Die KPD gewann 303 Stimmen und steigerte ihren prozentualen Anteil von 7,5 auf 13 Prozent. Ihre vor 5 Monaten eroberte Mehrheit haben die Nazis also wieder verloren.

In Rüstringen gewannen die Nazis 360 Stimmen, ihr prozentualer Anteil sank auf 27,5 Prozent. Die KPD gewann 766 Stimmen und steigerte ihren prozentualen Anteil von 8 auf 13 Prozent.

In einigen anderen Orten sieht es noch ungünstiger für die Nazis aus. In Rastede z. B. erlitten sie auch zahlenmäßige Verluste. Sie verloren 74 Stimmen, während die KPD 137 Stimmen gewann.

Besonders kraß zeigte sich die abfallende Linie der Nazis und die aufsteigende Entwicklung der KPD in Eutin. Ueber das Ergebnis dieser Stadt schreiben die hitlerfreundlichen Oldenburger Nachrichten am 20. Mai:

„In der Stadt Eutin haben die Kommunisten 109 Prozent gewonnen, während die NSDAP überraschenderweise einen Rückgang von 7 Prozent zu verzeichnen hat."

Diese Untersuchungen beweisen, daß der Vormarsch der Nazis auch in dem Oldenburger Ländchen, trotz der für sie günstigen Voraussetzungen (in Oldenburg sind sie stärker als sonstwo im Reich, während die KPD noch verhältnismäßig schwach ist) zum Stehen gekommen ist, daß die Hitlerpartei auch hier ihren Höhepunkt, den sie vor 6 Monaten erreichte, bereits überschritten hat, während die KPD ihren Vormarsch in noch schnellerem Tempo fortsetzen wird.

Unsere Offensive auf das flache Land, die die KPD mit der Herausgabe ihres Bauern-Hilfsprogramms eröffnet hat, wird die nationalsozialistischen Volksbetrüger auch aus ihren letzten Schlupfwinkeln verjagen und die radikalisierten Kleinbauernmassen unter dem roten Banner der Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit sammeln.

Waggonfabrik Werdau wählt Kampfausschuß

Die Belegschaft der Linke-Hofmann-Busch-Werke, Werk Werdau, wählte in einer verhältnismäßig gutbesuchten Belegschaftsversammlung einen aus sieben parteilosen und kommunistischen Arbeitern bestehenden vorbereitenden Kampfausschuß zur Vorbereitung des Metallarbeiterstreiks gegen den Lohnraubvorstoß der Industriellen. In der Versammlung traten nach dem Referat mehrere Kollegen in die RGO ein, während eine Reihe von Aufnahmen schon in den letzten Tagen gemacht wurden. Alle erforderlichen Maßnahmen zum Streik gegen jeden Lohnabbau werden getroffen.

Die Metallarbeiter lassen sich durch die reformistischen Bürokraten nicht mehr beirren. An der schändlichen Vereinbarung gegen die Hüttenarbeiter konnten sie erkennen, daß die Reformisten bereit sind, sie den Lohnräubern ans Messer zu liefern. **Es gilt jetzt sämtliche Metallbetriebe streikreif zu machen, überall vorbereitende Kampfausschüsse und Solidaritätskommissionen zu wählen, um gegen jede Ueberrumpelung gerüstet zu sein.**

Solidarität mit Metallern!

In der Streikbewegung der Metallarbeiter bei der Zigarrenfabrik Krenter in Döbeln ist eine Verschärfung eingetreten. Die übrige Belegschaft, etwa 2000, rüstet zum Streik. Ein vorbereitender **Kampfausschuß** wurde in der letzten Betriebsversammlung gewählt, mit dem Beschluß an **der Seite der streikenden Metallarbeiter** dem Ausbeuter Krenter als Gesamtbelegschaft durch Streik zu antworten. Diese Solidaritätsbewegung bei Krenter ist die richtige Antwort der Arbeiter auf das Bestreben der Kapitalisten, die Arbeiter gruppenweise niederzuringen.

In Sachsen 30 000 Mark Lohnraub durch freiwillige Arbeitsdienstpflicht

Kaum ist die Besprechung der Reichsregierungen mit Stahlhelm, Reichsbanner und anderen nationalen Organisationen über die freiwillige Arbeitsdienstpflicht vorüber, schon ist die Schieck-Regierung drauf und dran, dieselbe in Sachsen einzuführen. Auf Beschluß des Finanzministeriums soll die Regulierung des Albrechtsbaches im Bautzner Bezirk — ein Projekt von 365 000 Mark —, mit Hilfe der „freiwilligen" Arbeitsdienstpflicht durchgeführt werden. **Die Versklavung der unterm Druck schwerster Not lebenden „jüngeren" unverheirateten Erwerbslosen soll unter den Bedingungen freier „Kost" und „Kleidung" und bei einem täglichen „Taschengeld" von 50 Pfennigen ermöglicht werden. Durch diesen „neuen" raffinierten Weg des Lohnraubes soll der Lohnanteil an den Regulierungsarbeiten um 300 000 Mark gesenkt werden.**

Dem Stadtverordnetenkollegium Bautzen lag eine Vorlage über die 30prozentige finanzielle Beteiligung der Stadt vor, die aber mit Mehrheit abgelehnt wurde. Ein Antrag, der angenommen wurde, verlangt, daß die Regulierung des Albrechtsbaches durch Notstandsarbeit erfolgen soll. Damit darf sich die Arbeiterschaft nicht täuschen lassen. Die Schieck-Regierung will den raffinierten Vorstoß zur Versklavung der Arbeiter durchsetzen. Gilt es doch dem Ideal der Unternehmer, den Arbeitslohn auf den gegenwärtigen Stand der Wohlfahrtsunterstützung herabzudrücken und die Unterstützung der Erwerbslosen zu einem Nichts zu verringern, den Weg zu bereiten. **Die Massen der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen müssen den schändlichen Anschlag gegen die Arbeiterklasse zunichte machen.**

Rote Kavallerie in Dresden und Bodenbach

Glänzender Aufmarsch der Motorradfahrer trotz Polizeiterror

Das internationale Treffen der roten Rad- und Motorradsportler Mitteldeutschlands mit der tschechischen roten Kavallerie in Bodenbach, Pfingsten 1931, begann mit einem Aufmarsch der roten Kavallerie in Dresden. Polizei versuchte, den Demonstrationszug der roten Motorradsportler am Freiberger Platz zu zersprengen. Es gelang ihnen nicht. Rot Sport fuhr trotz alledem durch Dresden.

Zur Fahrt nach Bodenbach hatten sich 190 Maschinen der roten Motorradsportler eingefunden.

350 reichsdeutsche rote Motor- und Radsportler trafen in Bodenbach ein. Aus allen Teilen der Tschechei waren die Radfahrer der Oppo herbeigeeilt. Die Internationale Kundgebung auf dem Stadtplatz wurde zu einem flammenden Bekenntnis für die rote Sporteinheit, für die internationale Kampffront gegen National- und Sozialfaschismus. Es war zugleich ein Appell an alle Arbeitersportler für die Internationale Spartiade in Berlin.

Selbstmord eines Reichswehrsoldaten in Bautzen

Bautzen. In der Bautzner Artilleriekaserne hat sich ein Reichswehrsoldat erschossen. Ueber die Ursachen zum Selbstmord liegen seitens authentischer Stellen noch keine Meldungen vor. Wie Gerüchte verlauten, sollen Schikanen der Vorgesetzten den Artilleristen zum Selbstmord getrieben haben.